

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P/XXII/179

Bad Godesberg, den 19. September 1967

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite		Zeiler
1 - 1a	<u>Der Brief aus Ostberlin</u> Zu Stophs Antwort an Kiesinger	60
2 - 3	<u>Wohnungspolitik</u> Auch Lauritzen muß die Fehler früherer Regierungen korrigieren Von Klaus Rusticus	85
4	<u>Kompromiß</u> DDR-Verlage auf der Frankfurter Buchmesse Von Dr. Herbert Hupka	42

SELBSTBESTIMMUNG UND EINGLIEDERUNG bringt heute:

Trauerbekundungen zum Tode Seeborns
"Schlesien eine der deutschesten der deutschen Provinzen"
Gegen de Gaulles Deutschlandbild
Um Folgerungen aus Bundeshaushalt 1968 besorgt
Im Geiste von Hinrich Wilhelm Kopf
Über 40.000 politische Häftlinge als Flüchtlinge registriert
Roman Wirkner 60 Jahre alt
Malt in Israel in der Sprache seiner früheren Heimat

* * *

Der Brief aus Ostberlin

Zu Stoph's Antwort an Kiesinger

ap - Der Ministerpräsident der Regierung im anderen Teil Deutschlands, Willi Stoph, hat nun doch den Brief beantwortet, den Bundeskanzler Kiesinger am 13. Juni 1967 nach Ostberlin gesandt hatte. Drei Monate sind seither vergangen. Wie kaum anders zu erwarten war, enthält der Stoph-Brief Maximalforderungen, an deren Spitze von der Bundesregierung die Anerkennung der DDR als souveräner deutscher Staat verlangt wird.

Aber unabhängig davon scheint man in Ostberlin Wert darauf zu legen, das Gespräch zwischen den beiden Teilen Deutschlands fortsetzen zu können. Seitdem sich die Sozialdemokratische Partei Deutschlands im Frühjahr 1966 bereit erklärt hat, in einer öffentlichen Diskussion mit der SED-Führung die Probleme unserer gespaltenen Nation zu erörtern und die Möglichkeiten eines geregelten Nebeneinanders zu erforschen, scheint man sich in Ostberlin darüber klar zu sein, daß der damals ins Rollen gebrachte Stein nicht mehr aufgehalten werden kann. Die Bevölkerung im anderen Teil Deutschlands erwartet von der Stoph-Regierung, daß sie mit den Vertretern der Bundesregierung im Gespräch bleibt, weil anderenfalls der Eindruck entstehen würde, daß Ostberlin um jeden Preis eine Entspannungspolitik in Europa unmöglich machen wolle, deren Ziel doch eines Tages auch die Wiedervereinigung Deutschlands, eingebaut in eine gesicherte europäische Friedensordnung, sein soll.

Schon aus diesem Grund wird die Bundesregierung den Stoph-Brief sorgfältig prüfen, wobei sie von der selbstverständlichen Voraussetzung ausgeht, daß grundlegende Elemente der Deutschland- und Außenpolitik nicht in Frage gestellt werden.

Wenn man von den Maximalforderungen Stoph's absieht, an deren Erfüllung man wohl in Ostberlin selbst nicht glaubt, bleiben immerhin in den nach Bonn übermittelten Dokumenten einige Elemente erwähnenswert. Da ist z.B. von Gewaltverzicht die Rede, von der Friedenssi-

cherung in Europa, von dem Verzicht auf den Besitz oder die Verfügungsgewalt über Kernwaffen, von der Herabsetzung der Rüstungsausgaben und schließlich von erforderlichen Vereinbarungen auf Gebieten der Wirtschaft, des Handels, des Post- und Fernmeldewesens und des Verkehrs.

Man darf von der Voraussetzung ausgehen, daß eine Reihe der in dem Stoph-Brief enthaltenen Forderungen - besonders, soweit sie sich auf die militärischen Probleme beziehen - auch in Ostberlin nicht nur als bilateral, sondern als multilateral gestellte Aufgaben betrachtet werden müssen. Beide Teile Deutschlands haben im Rahmen internationaler Verträge Verpflichtungen übernommen, deren Ablösung sicher nicht nur von Bonn und Ostberlin aus geregelt werden kann.

Im innerdeutschen Bereich dagegen können in eigener Entscheidung Maßnahmen getroffen werden, die ohne Zweifel den Vorstellungen der überwältigenden Mehrheit des deutschen Volkes entsprechen. In der Bundesrepublik könnte der Wille der Bevölkerung leicht in Wahlen festgestellt werden.

Daß der Stoph-Brief eine Fülle von unberechtigten Angriffen auf die Politik der Bundesregierung enthält, ist nicht weiter verwunderlich. Wenn man berücksichtigt, wie sogar kommunistische Regierungen miteinander verkehren und welche haarsträubenden Vorwürfe sie sich gelegentlich gegenseitig machen, dann möchte man fast annehmen, daß an die Regierung in Bonn gerichtete Briefe befließige sich einiger Zurückhaltung.

Aber abseits von Spekulationen jeglicher Art wird die Bundesregierung auch dieses Schreiben aus Ostberlin zum Gegenstand neuer Überlegungen machen und hierbei des Satzes in der Regierungserklärung gedenk sein, der auch in Ostberlin noch in Erinnerung sein dürfte: "Die Bundesregierung will Entspannung auch zwischen beiden Teilen Deutschlands. Eine innerdeutsche Entspannung ist Bestandteil und Funktion der innereuropäischen Entspannung... Wäre denn eine europäische Entspannung denkbar ohne eine Aufhebung der Spannungen innerhalb Deutschlands?"

Wohnungspolitik

Auch Lauritzen muß die Fehler früherer Regierungen korrigieren

Von Klaus Rusticus

Auch von einem sozialdemokratischen Bundeswohnungsbauminister sollte man keine Wunder erwarten. Als Bundesminister Dr. Lauritz Lauritzen im Juni dieses Jahres zu erkennen gab, daß er einen "veränderten", nicht aber einen "total geänderten Kurs" fahren wolle, setzte ein gegen ihn gerichteter Gezeter ein, welches vielfach jeder sachlichen Grundlage entbehrte. Eigentümlich nur, daß diejenigen, die den Bundeswohnungsbauminister noch vor wenigen Monaten als überflüssig bezeichneten, jetzt schweigen.

Gegensätzlichkeiten aus der Vergangenheit

Gewiß mußte die Öffentlichkeit - auf den ersten Blick - stutzig werden, wenn ein sozialdemokratischer Wohnungsbauminister eine gewisse "Reform" bei der Wohngeldvergabe und zugleich eine Mietenanhebung für die bis 1960 gebauten Sozialwohnungen verfügt. Solche - sachlich gesehenen - "Gegensätzlichkeiten" resultieren indessen aus der nahen wohnungspolitischen Vergangenheit, die dem neuen Wohnungsbauminister leider nur geringe Möglichkeiten eröffneten, einen wohnungspolitischen Idealzustand zu schaffen. (siehe SPD-Pressedienst P/XXII/175 vom 21.6. 1967).

In diesem Pressedienst wurde selbst damals, als Dr. Lauritzen ein, für die breite Mieterschaft wohlklingendes neues Konzept andeutete, der Standpunkt vertreten, daß "der Minister fraglos nicht alle Gegensätzlichkeiten des heutigen 'Vermieter- und Mieteralltags' auszumerzen in der Lage sein werde." Es wurde ferner appelliert, "gemeinsam mit dem Bundeswohnungsbauministerium nach Mitteln und Wegen zu suchen, um das Ziel zu erreichen: einen freien Wohnungsmarkt, der beiden Seiten - Vermietern und Mietern-gerecht werde."

Denn wer auch nur etwas von der verworrenen wohnungspolitischen Situation bei Bildung der Großen Koalition kannte, der wußte auch von den Ressentiments, mit denen Minister Lauritzen fertig werden muß.

Ausgeglichener Wohnungsmarkt

Der Deutsche Mieterbund mit seinem Präsidenten, dem früheren Hamburger Bürgermeister Kevermann an der Spitze, forderte z.B. eine Verstärkung des sozialen Mietwohnungsbaues, "um vor Aufhebung der Mietpreisbindung die Voraussetzungen eines ausgeglichenen Wohnungsmarktes mit der Möglichkeit der freien Konsumwahl für Mieter und Wohnungssuchende zu schaffen", ferner die Erhöhung der Mittel für die sozialen Wohnungsbau und u.a. die "Beruhigung der Mietpreise durch einen Mietwucherschutz."

Die von Bundesminister Lauritzen erklärte Errichtung von ca. 400 000 bis 450 000 pro Jahr (davon mindestens 200 000 mit öffentlichen Mitteln zu fördernden Wohnungseinheiten) wird in den nächsten Jahren ohne elementares Finanzierungsaufkommen beim Bund nicht realisiert werden können. Damit wäre auch das geforderte ausgeglichene Wohnungsangebot, das trotz aller dirigistischer Einschaltungen im Augenblick einmal der bestimmende Inhalt des freien Wohnungsmarktes überhaupt sein muß, zunächst in Frage gestellt.

Sichtbar mitbestimmende Faktoren eines freien Wohnungsmarktes sind aber nicht nur die Wohnungsbauträger (auch im privaten Sektor), sondern auch die Hauswirte, die bekanntlich nicht immer mit den Trägern identisch sind. Einerseits ist also, um diese Feststellung auf den aktuellen Nenner der konjunkturbelebenden Wirtschaftspolitik der Bundesregierung zu bringen, das Bundeswohnungsbauministerium gehalten, vor allem bei größeren Bauträgern das in letzten Jahre deutlicher gewordene Investitionsrisiko zu nehmen und andererseits der durchaus begründeten, besonders auch von gemeinnützigen Wohnungsunternehmen geäußerte Klage über eine noch fehlende "Mietenentzerrung" Rechnung zu tragen.

Diese gemeinnützigen Unternehmen, welche die Hauptträger des sozialen Wohnungsbaues überhaupt waren, sahen und sehen sich in ihrer wohnungswirtschaftlichen Rolle als Hauswirte unüberwindbaren Problemen bei ihrer Mietkostenstruktur gegenübergestellt. Möglichkeiten für wirklichkeitsechte Mieten, besonders bei älteren Beständen zu schaffen, bedeutet für große Bauträger eine Annäherung an ein "unternehmensechtes" Mietpreisgefüge, also einen gewissen Ausgleich bei der Gesamtkostenstruktur und auch eine Konsolidierung des vom Mietpreis wesentlich mitbeeinflussten Neubauangebotes.

Dieser Tendenz Rechnung zu tragen scheint uns der wesentlichste Inhalt des neuen wohnungsbaupolitischen Konzepts zu sein, das wohl - wie man auch in Bonn wissen dürfte - noch nicht der Weikeit letzter Schluß sein wird, welches man aber als eine Art von Kompromißlösung bezeichnen kann.

Zum Bau gehört nun einmal Geld

Das Bundeswohnungsbauministerium muß Finanzmittel mobilisieren, um einmal seinen aktuellen Beitrag zur Konjunkturbelebung zu leisten, zum anderen aber auch eine Art von "Symbiose" zu finden. Die Außerachtlassung der aus der Praxis hervorstechenden Faktoren der Mietpreispolitik bzw. der wettbewerblichen Position des Hausbesitzes ist dabei ebenso wenig möglich, wie die Situation des Wohnungsbauinvestors. Wenn man dabei noch zu respektieren gewillt wäre, daß die Bundeswohnungsbaupolitik kein "staatlich-dirigistisches Instrument" auf ewig sein darf, sondern die Weichen für das Endziel, den freien Wohnungsmarkt zu stellen hat, dann vernag man auch zu resümieren, daß er hierzu notgedrungen - von Fall zu Fall - unpopulärer Mittel bedarf. Und noch eins: Diejenigen, die in Juni dieses Jahres allen Ernstes proklamierten, wir brauchten keinen Bundeswohnungsbauminister, müßten nunmehr eines Besseren belehrt worden sein. Von ihnen ist zu erwarten, daß sie jetzt die Öffentlichkeit darüber aufklären, warum Minister Dr. Lauritzen den neuen Kurs ganz einfach "fahren" muß!

Kompromiß

DDR-Verlage auf der Frankfurter Buchmesse

Von Dr. Herbert Hüpka

Auch wer mit Superlativen vorsichtig umgeht, wird sagen dürfen, daß die Frankfurter Buchmesse der größte Büchermarkt der Welt ist. Dies nicht nur wegen des großen und großartigen Angebots der Verlage der Bundesrepublik Deutschland, sondern auch und vor allem wegen der Anwesenheit der bedeutenden und bedeutendsten Verlage aus der ganzen Welt, also aus Ost und West.

Ende Juni hatte jedoch der Leipziger Börsenverein für den Buchhandel den Frankfurter Börsenverein wissen lassen, er müsse die Teilnahme an der Frankfurter Buchmesse Mitte Oktober ablehnen, weil man seitens der Verleger der Bundesrepublik die wiederholte Bezeichnung des Staatsbegriffes DDR, Deutsche Demokratische Republik, nicht wünsche, und weil elf Verlage aus dem kommunistischen Herrschaftsbereich in Mitteldeutschland von einer Teilnahme ausgeschlossen werden sollten, weil es sich um enteignete Verlage handele. Die enteigneten Eigentümer dieser elf Verlage hatten dagegen Einspruch erhoben, daß die den alten Namen weiterführenden Verlage aus Mitteldeutschland nunmehr auf der Frankfurter Buchmesse präsent sein sollten.

Nach dieser Absage einer Beteiligung der mitteldeutschen Verlage insgesamt war bekannt geworden, daß auch die Sowjetunion, wie dies ein Vertreter auf der Leipziger Messe vor 14 Tagen mitteilte, nicht mehr in Frankfurt am Main vertreten sein werden. Von der Tschechoslowakei und auch Rumänien war ein gleiches Verhalten mit Sicherheit anzunehmen.

Jetzt ist eine Kompromißformel gefunden worden. Beide Börsenvereine für den Buchhandel, der in Frankfurt am Main und der in Leipzig, haben ein wenig zurückgesteckt. Die Bezeichnung DDR wird nicht weiter Stein des Anstoßes sein. Auf der Frankfurter Buchmesse wird sowohl der "Staatsverlag der DDR" vertreten sein, als auch die Ausstellung "Schönste Bücher der DDR" gezeigt werden. Schließlich wird es auch einen Stand des der SED gehörenden Verlages Dietz geben. Allerdings werden die Bücherköpfe der mitteldeutschen Verlage nicht unter dem Begriff einer Nationalausstellung, etwa "Nationalausstellung DDR" firmieren.

Man spürt, daß es sich bei der Zulassung der Bezeichnung DDR in zwei Fällen um ein Entgegenkommen westdeutscherseits handelt. Doch muß festgehalten werden, daß auch der Leipziger Börsenverein Entgegenkommen bewiesen hat. In der Leipziger Verlautbarung vom 27. Juni dieses Jahres hatte es noch geheißen, daß man der Zurückweisung bestimmter Verlage aus der DDR nicht zustimmen könne. Jetzt hat man sich damit abgefunden, daß elf Verlage Mitteldeutschlands in Frankfurt am Main nicht zugelassen sein werden. Es sind die Verlage, deren rechtmäßige Eigentümer in der Bundesrepublik neu begonnen haben und nach wie vor in der Enteignung ihrer Verlage in Mitteldeutschland und in deren Umwandlung zu "Volkseigenen Betrieben" einen Rechtsbruch sehen. Unter diesen elf Verlagen befinden sich so bekannte Verlagshäuser wie Edition Peter, Breitkopf und Härtel, Brockhaus, das Bibliographische Institut und Reclam.